

Zeitschrift:	Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses
Herausgeber:	Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Band:	90 (1999)
Heft:	2
Rubrik:	Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Politik und Gesellschaft Politique et société

Neues Energie- programm in Deutschland

(m/at) In der Vereinbarung der Regierungskoalition zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen wurde unter «3. Moderne Energiepolitik, 3.1. Zukunfts-fähige Energieversorgung si-cherstellen» folgendes festgehalten (Zwischenstitel von der Redaktion eingefügt):

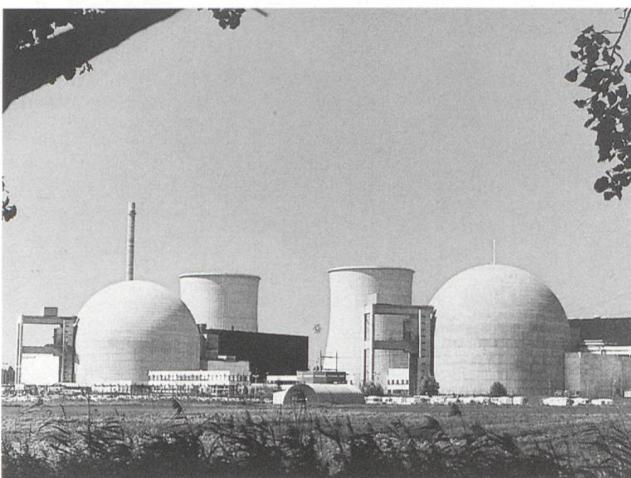
Vorrang für Erneuerbare

«Die neue Bundesregierung wird eine zukunftssichere, umweltverträgliche und kostengerechte Energieversorgung si-cherstellen. Erneuerbare Ener-gien und Energieeinsparungen haben dabei Vorrang; dazu gehörte auch ein 100 000-Dächer-Programm. Die Umstrukturie- rung der Energieversorgung muss den technologischen, ökologischen und energiewirt-schaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen. Wegen ihrer grossen Sicherheitsrisiken mit der Gefahr unübersehbarer

Schäden ist die Atomkraft nicht zu verantworten. Deshalb wird die neue Bundesregierung alles unternehmen, die Nutzung der Atomkraft so schnell wie mög-lich zu beenden. Noch in die-sem Jahr wird die neue Bundes-regierung zu den Gesprächen über einen neuen Energiekon-sens einladen. Gemeinsam mit der Energiewirtschaft sollen die Weichen gestellt werden für den Weg zu einem neuen, zu-kunfts-fähigen Energiemix ohne Atomkraft. Die neue Bundesre-gierung wird die Entwicklung zukunfts-fähiger Energieversor-gungssysteme und wirksame Massnahmen zur Energieein-sparung fördern. Sie ist der Überzeugung, dass der Einstieg in neue Energiestrukturen von wachsender wirtschaftlicher Dynamik gekennzeichnet sein wird, die durch eine Neugestal-tung des Energierechts noch ge-fördert werden wird.

Faire Marktchancen für regenerative und heimische Energien

Dabei geht es insbesondere um einen diskriminierungsfreien Netzzugang durch eine klare



Nutzung der Atomkraft in Deutschland beenden?
(Im Bild das Kernkraftwerk Biblis).

rechtliche Regelung und die Schaffung und Sicherung fairer Marktchancen für regenerative und heimische Energien und eine gerechte Verteilung dieser zukunfts-fähigen Energien. Die neue Bundesregierung wird den Kohlekompromiss von 1997, der betriebsbedingte Kündigun-gen ausschliesst, umsetzen.

Die neue Bundesregierung wird sich gemäss ihrem Grun-das «Vorrang der Einsparung vor der Erzeugung» mit einem breiten Massnahmenbündel der Förderung von Einspartechno-logien widmen, nicht zuletzt auch angesichts der grossen Exportchancen.

Die neue Bundesregierung wird die Hemmnisse beseitigen, die heute noch eine verstärkte Nutzung regenerativer Ener-gien und den breiteren Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung be-hindern.

Die neue Bundesregierung wird Instrumentarien entwik-eln, die zur Anpassung der Strompreise in den neuen Län-dern an das Welt niveau führen.

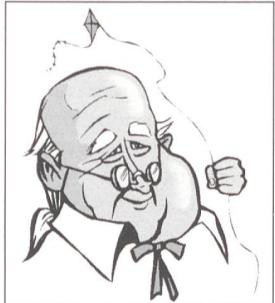
Atomausstieg in drei Schritten

Der Ausstieg aus der Nut-zung der Kernenergie wird in-nerhalb dieser Legislaturperi-o-de umfassend und unumkehr-bar gesetzlich geregelt. Dazu vereinbaren die Koalitionspar-teien folgendes schrittweises Verfahren:

In einem ersten Schritt wird als Teil des 100-Tage-Pro-gramms eine erste Änderung des Atomgesetzes mit folgen-dem Inhalt eingebracht: Strei-chung des Förderzwecks; Ein-führung einer Verpflichtung zur Sicherheitsüberprüfung, vorzu-legen binnen eines Jahres; Klarstellung der Beweislast-regelung bei begründetem Ge-fahrenverdacht; Beschränkung der Entsorgung auf die direkte Endlagerung; Aufhebung der Atomgesetz-Novelle von 1998 (mit Ausnahme der Umsetzung von EU-Recht); Erhöhung der Deckungsvorsorge.

Im zweiten Schritt wird die neue Bundesregierung die Energieversorgungsunterneh-men zu Gesprächen einladen, um eine neue Energiepolitik,

Der Blitzableiter



Die neue Bundesregie- rung wird...

Noch vor den Wahlen im Herbst 1998 erklärte der da-malige deutsche Kanzler-kandidat Gerhard Schröder in Interviews, dass ein Aus-stieg aus der Kernenergie aus wirtschaftlichen Grünen vorderhand nicht in Fra-ge käme. Wenige Wochen nach Amtsantritt setzt die neue deutsche Regierungs-koalition aus SPD und Grünen andere Akzente. Ihre Vereinbarung – bei der in fast jedem Absatz «Die neue Bundesregierung wird...» steht – birgt manches Unver-einbares. So soll der Ausstieg aus der Nutzung der Kern-energie innerhalb vier Jahren umfassend und unumkehrbar gesetzlich geregelt werden, und dies entschädigungsfrei. Dies soll möglichst im Kon-sens mit den EVU vereinbart werden. Man beachte das Wort «möglichst», sonst gilt wie gehabt «Die neue Bun-desregierung wird...». Die neue Bundesregierung wird auch Instrumentarien ent-wickeln, die zur Anpassung der Strompreise an das Welt-marke niveau führen. Gleich-zeitig «wird» die neue Bun-desregierung die Hemmnisse beseitigen, die heute noch eine verstärkte Nutzung regenerativer Energien behin-dern. Was sind denn das für Hemmnisse? Ist es etwa der Markt? Was auch immer die neue Bundesregierung wirk-lich «wird», so wird sie kaum Erfolg haben.

B. Frankl

Schritte zur Beendigung der Atomenergie und Entsorgungsfragen möglichst im Konsens zu vereinbaren. Die neue Bundesregierung setzt sich hierfür einen zeitlichen Rahmen von einem Jahr nach Amtsantritt.

Als dritten Schritt wird die Koalition nach Ablauf einer Frist ein Gesetz einbringen, mit dem der Ausstieg aus der Kernenergienutzung entschädigungsfrei geregelt wird; dazu werden die Betriebsgenehmigungen zeitlich befristet. Der Entsorgungsnachweis wird angepasst.»

Streit um Atomausstieg

(v) Eine von der VDEW in Auftrag gegebene neue Studie hat den Streit über den Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland weiter angefacht. Gemäß der Studie würden bei einem Ausstieg bis Ende 2004 in den darauffolgenden Jahren bis 2030 Kosten von rund 88 Mrd. DM anfallen und bis zu 150 000 Stellen verlorengehen. Wolfgang Pfaffenberger, Leiter des Bremer Energie-Instituts, sagte, der Strompreis würde sich wegen der Mehrkosten um bis zu zwei Pfennig pro Kilowattstunde erhöhen. Grüne und Umweltverbände sprachen von einem «Gefälligkeitsgutachten für die Atomindustrie»; die Studie gehe von falschen Ausgangsdaten aus.

Mehrheit für Weiterbetrieb bestehender KKW

(ize) Insgesamt 74% der deutschen Bevölkerung sind dafür, die vorhandenen Kernkraftwerke weiter zu betreiben, ohne neue zu bauen. Dies ergab eine Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim.

Allerdings waren die Meinungen geteilt, was die Dauer der Nutzung betrifft: Während 41% eine möglichst lange Nutzung der bestehenden Kernkraftwerke befürworteten, waren 33% der Meinung, dass die Anlagen «bald» abgeschaltet

werden sollten. Für die sofortige Stilllegung sprachen sich 13% aus. Den Bau neuer KKW unterstützten 7% der Befragten.

Deutsche Stromversorger kritisieren Ökosteuer

(ize) Die Bonner Koalition hat am 20. November ihren Gesetzesentwurf für die erste Stufe einer Ökosteuer zur Verteuerung von Energie in den Bundestag eingebracht. Die Reform soll am 1. April 1999 in Kraft treten und zunächst jährlich rund 11 Mrd. DM erbringen, die zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge um 0,8 Punkte verwendet werden. Kritik kam unter anderem von der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW).

Wie schon im Koalitionsvertrag festgelegt, wird die Mineralölsteuer angehoben – bei Benzin und Diesel um 6 Pfennig je Liter (Pf./l), bei Heizöl um 4 Pf./l und bei Gas um 0,32 Pf./kWh. Außerdem wird eine neue Stromsteuer in Höhe von 2 Pf./kWh eingeführt. Zusammen ergeben diese Elemente die neue Ökosteuer. 27 energieintensive Branchen wie Zement- und Aluminiumindustrie werden von den Ökosteuern komplett ausgenommen. Als energieintensiv gilt eine Branche, wenn sie mindestens 6,4% ihrer Produktionskosten für Energie ausgibt.

Schlussbericht Energiedialog Entsorgung

Kernkraftwerkbetrieb: Sicherheit massgebend

(vse) Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) nimmt Kenntnis vom Schlussbericht des Vorsitzenden des Energie-Dialoges Entsorgung, der am 23. November veröffentlicht wurde. Grundsätzlich ist die Entsorgung radioaktiver Abfälle nach dem Verursacherprinzip und aus ethischen Überlegungen durch die nutzniessende heutige Generation und – nach Auffassung

EdF perd son monopole

(fi) Malgré quelques protestations de dernière minute (des arrêts de travail à EdF), le gouvernement français a adopté le 9 décembre le projet de loi ouvrant à la concurrence le marché de l'électricité. Ce texte mettra fin au monopole dont disposait EdF depuis plus de cinquante ans.

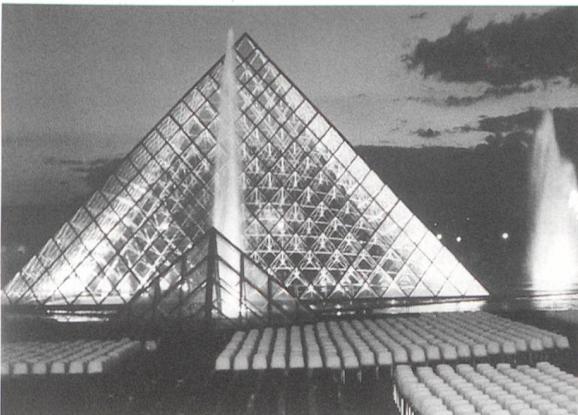
Suivant le nouveau dispositif, un certain nombre de consommateurs, qualifiés de «clients éligibles», auront le droit de s'affranchir d'EdF et de choisir leur fournisseur de courant. Ils pourront importer ou s'adresser à un producteur privé. Cette possibilité sera étendue par étapes.

Dans un premier temps, elle concerne quelque 450 grandes usines dépendant de sociétés comme Pechiney, Elf, Usinor ou Rhône-Poulenc. Ces très gros consommateurs qui utilisent plus de 40 millions de kilowattheures par an, représentent 26% de la consommation totale du pays.

A partir du 1^{er} janvier 2000, le seuil descendra à 20 millions de kilowattheures par an. Environ 900 sites, représentant 30% du marché, seront concernés. Enfin, en 2003, le seuil tombera à 9 millions de kilowattheures et le nombre des clients éligibles passera à 2000, soit 34% du marché.

Des sociétés privées pourront construire des centrales sur simple autorisation administrative afin d'alimenter les clients avec lesquels elles auront passé contrat. EDF sera obligée de transporter leur courant, suivant des tarifs connus et publiés à l'avance.

Le PS et le PC se sont battus pour que le texte initial soit modifié sur deux points «fortement symboliques pour la gauche»: la possibilité pour EdF de diversifier ses activités et l'obligation, pour les entreprises candidates à l'entrée sur le marché français de l'électricité, d'accorder à leurs salariés des garanties sociales équivalentes à celles dont bénéficient les agents d'EdF.



Ouverture du marché de l'électricité en France par étapes
(Le Louvre, Paris/photo Reliance Electric).

des VSE – unabhängig von der weiteren Zukunft der Kernkraftwerke zu lösen. Der Betrieb der heutigen Kernkraftwerke entspricht dem ausdrücklichen Willen der Schweizer Bevölkerung (Abstimmung der Anti-Atom-Initiativen 1979, 1984 und 1990), besonders deutlich in den Standortregionen.

Für den Weiterbetrieb der heutigen Kernkraftwerke ist im Einklang mit den Schlussfolgerungen von Bundesrat Moritz Leuenberger aus dem energiepolitischen Dialog von 1997 primär die Sicherheit des Betriebs der Anlagen entscheidend, und nicht zum Voraus festgelegte Begrenzungen ihrer Lebensdauer. Weltweit zeich-



Schlechtes Klima für die nächsten zehn Jahre: Während zum Beispiel Russland das hohe Emissionsniveau (Bild) beibehalten kann, verpflichteten sich Länder wie die Schweiz an der Klimakonferenz für eine Reduktion auf 92%.

net sich ein Trend in Richtung Verlängerung der ursprünglich angenommenen Betriebsdauer für Kernkraftwerke ab. In den USA liegen bereits erste Gesuche für 50 bis 60 Jahre vor. Ferner begrüßt der VSE aus klima- und versorgungspolitischen Gründen zur Offenhaltung der Option Kernenergie ausdrücklich die vom Verband im Energiedialog vorgeschlagene und im Schlussbericht aufgenommene Möglichkeit, künftige Kernkraftwerke dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

Angenommen wurde auch ein Schweizer Vorschlag, der die Bereinigung von Unvereinbarkeiten zwischen dem Protokoll von Montreal (Schutz der Ozonschicht) und demjenigen von Kyoto verlangt. Die Schweiz will aus diesem Kohärenz-Ansatz ein Markenzeichen ihrer internationalen Umweltpolitik machen.

Die Schweiz engagiert sich in einem Pilotprojekt mit Kolumbien, von welchem man sich Erfahrungen verspricht, die unserem Land für künftige Konferenzen einen Erfahrungs vorsprung verschaffen könnten.

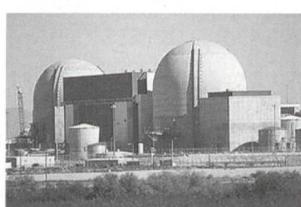
Klimakonferenz in Buenos Aires

(efch) Die Klimakonferenz von Buenos Aires (Vierte Vertragsparteienkonferenz) ist nach Ansicht des schweizerischen Delegationsleiters, Buwal-Direktor Philippe Roch, Ende Oktober erfolgreich beendet worden.

Es gelang, ein zentrales Arbeitsprogramm für die Zeit bis Ende 2000/Anfang 2001 zu verabschieden. Dieses erlaubt es, die Flexibilitätsmechanismen (vor allem «Clean Development Mechanism»), die am Ende der Kyoto-Konferenz akzeptiert worden waren, zu vertiefen und operationell zu machen. Die Entwicklungsländer verstehen heute diese Mechanismen als Anreiz ihrer wirtschaftlichen Entwicklung.

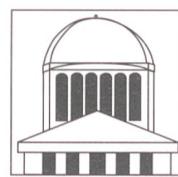
Deutliche Mehrheit der Amerikaner für Kernenergie

(sva) Eine neue repräsentative Meinungsumfrage unter 1000 Amerikanerinnen und Amerikanern zeigt ein deutliches Resultat: 61% der Befragten befürworten die Nutzung der Kernenergie als eine der Möglichkeiten zur Stromversorgung der USA, 34% lehnen dies ab. Gemäss Bisconti Research war die Zustimmung seit 1983 nie



Kernkraftwerk Palo Verde/Arizona.

Energienotizen aus Bern



Verordnung über die Sicherheit der Stauanlagen

Der Bundesrat hat die Verordnung über die Sicherheit der Stauanlagen (StAV) erlassen und auf den 1. Januar 1999 in Kraft gesetzt.

(uvek) Die StAV löst die Talsperrenverordnung aus dem Jahre 1957 ab, die Sicherheitsanforderungen an grosse Talsperren festlegt. Die wesentlichste Neuerung betrifft den Gelungsbereich des neuen Erlasses. Im Unterschied zur bisherigen Regelung unterstehen neu sämtliche Stauanlagen unabhängig ihrer Grösse und ihres Verwendungszweckes der StAV, sofern sie für die Unterlieger eine potentielle Gefahr darstellen. Die höhere Zahl unterstellter Stauanlagen macht eine Teilung der Aufsichtsfunktion zwischen dem Bund und den Kantonen erforderlich. Rund 200 grosse Anlagen werden wie bis anhin der Aufsicht des Bundes unterstehen. Mit der Aufsicht über die kleineren Anlagen werden die Kantone betraut. Diese haben innert fünf Jahren die fachlichen und organisatorischen Vorkreisen zur Wahrnehmung der neuen Aufgabe zu treffen.

Am bewährten, auf den drei Säulen konstruktive Sicherheit, Überwachung und Notfallkonzept ruhenden Sicherheitskonzept wird festgehalten: Eine Stauanlage muss so bemessen und gebaut sein, dass ihre Standsicherheit bei allen voraussehbaren Betriebs- und Lastfällen gewährleistet bleibt. Die Anlage muss sodann während ihrer ganzen Lebensdauer samt ihrer Umgebung regelmässig überwacht werden.

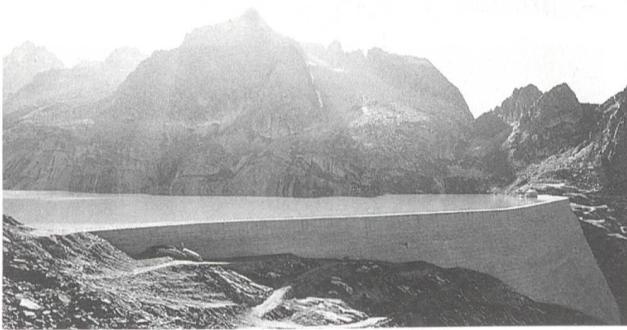
Verfassungsgrundlage für Energieabgabe

(v) Der Energieabgabebeschluss in der Form des Nationalrates ist im Ständerat chancenlos. Die ständerliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) will für die Märzsession 1999 dem Plenum eine verfeinerte Grundform für eine staatsquoten neutrale ökologische Steuerreform als Gegenvorschlag zur Energie-Umwelt-Initiative und einen Förderartikel mit ökologischen Anreizen als Gegenvorschlag zur Solar-Initiative unterbreiten. Eine Abstimmung im Sommer 2000 und ein Inkrafttreten 2004 könnten möglich sein. Auch der Bundesrat unterstützt diese Verfassungsbasis für eine ökologische Steuerreform.

Exportrisikogarantie für Kraftwerke in der Türkei

(d) ABB und Sulzer Hydro erhalten für ihre Beteiligung an den türkischen Kraftwerkprojekten Ankara und Ilisu eine Exportrisikogarantie. Der Auftragswert für beide Werke beträgt 855 Mio. Franken.

Ausschlaggebend für den Entscheid des Bundesrats waren die positiven Auswirkungen auf den schweizerischen Arbeitsmarkt, aber auch die türkischen Bestrebungen für Entwicklung und Abfederungsmassnahmen für die betroffene Region.



Graubünden liefert rund 25% der Schweizer Wasserkraft
(im Bild der Staumauer Albigna, 2163 m ü.M.).

mehr so hoch. Bei einer Meinungsumfrage unter 1000 Akademikern waren sogar 65% für und nur 33% gegen die Nutzung der Kernenergie.

Ausbau der Wasserkraft in Graubünden stagniert

(sg) Unsicherheiten hinsichtlich der Strommarktliberalisierung, zur Genüge vorhandene Billigenergie auf dem europäischen Markt, unsicher gewordene Gewinnaussichten und langwierige Bewilligungsverfahren mit ungewissem Ausgang haben die Wasserkraftwerkbetreiber Graubündens vorsichtig werden lassen. Selbst kleinere Projekte werden mittlerweile zurückgestellt.

Die Bündner Regierung genehmigte letztes Jahr bloss drei Projekte, die auf den Umfang der Stromproduktion keinen Einfluss haben. Das während vieler Jahre umstrittene Pumpspeicher-Projekt der Kraftwerke Hinterrhein im Val Madris ist abgehakt. Der Bundesrat hat das Tal ins Flachmoorinventar aufgenommen und den Kraftwerkbau verumöglicht.

Ob das Pumpspeicherwerk der Misoxer Kraftwerke AG im Val Curciusa beim San-Bernardino-Pass je realisiert werden wird, ist unklar. Beim Bundesgericht ist nach wie vor eine Einsprache hängig. Daneben sind bei der Bündner Regierung Verfahren für zwei weitere kleine Werke pendent.

Die Kraftwerke Brusio AG haben sich zwar bei der Neu-

konzessionierung eine Erweiterung der Anlagen im Oberen Puschlav sowie eine Option für den Höherstau des Lago Bianco am Berninapass gesichert. Ob die Option innert der zugestandenen Frist von acht Jahren eingelöst wird, ist ungewiss.

Restwasserbestimmungen fördern Dieselstrom

(kke) Ein zurzeit hängiges Konzessions- und Projektgenehmigungsverfahren zeigt die Problematik der Restwasserbestimmungen auf. Das Kleinwasserkraftwerk Tschuggen am Flüelapass (über 1900 m ü. M.) nutzt seit einigen Jahrzehnten

das Wasser des Flüelabaches, um Strom für den Betrieb eines Hotels zu gewinnen. Eine zu extensive Anwendung der Restwasserbestimmungen des eidgenössischen Gewässerschutzgesetzes würde dazu führen, dass der benötigte Strombedarf vermehrt von mit Diesel angetriebenen Generatoren sichergestellt werden müsste. Luftreinhaltung oder Gewässerschutz ist hier die Frage, welche die Regierung nun zu beantworten hat.

Neues Kleinwasserkraftwerk im Tessin

(kke) Der Grosse Rat des Kantons Tessin wurde aufgefordert, zur Botschaft über die Bewilligung der Nutzung von Wasser des Flusses Piumogna zum Bau eines neuen kleinen Wasserkraftwerks für die Gemeinde Dalpe Stellung zu nehmen. Das Kraftwerk wird eine Nominalleistung von 1 MW aufweisen und kann jährlich 5 GWh elektrische Energie erzeugen, die in das Verteilernetz der Elektrizitätsgesellschaft Sopraceneri eingespeist werden. Die Investitionen sind mit 5,2 Mio. Franken veranschlagt,

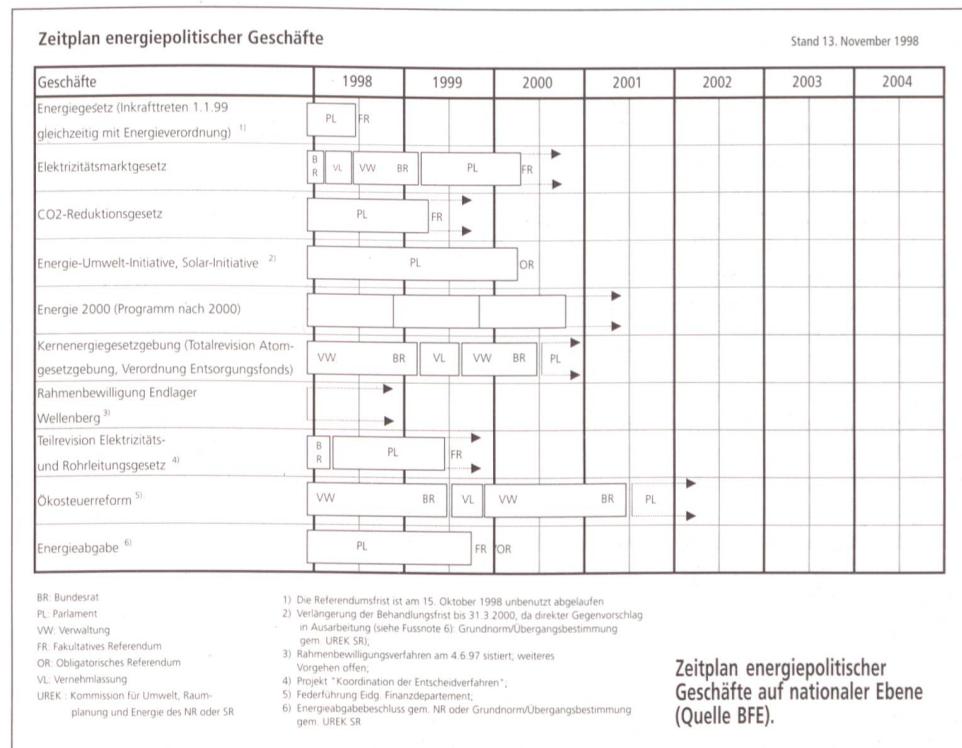
die Energieerzeugungskosten werden auf 9 Rp./kWh geschätzt.

Noch keine verschärften Konkurrenz am deutschen Strommarkt?

(zk) Seit Anfang Mai 1998 gilt in Deutschland das neue Energiewirtschaftsrecht. Ein heftiger Konkurrenzkampf ist darob bisher jedoch nicht ausgebrochen.

Der Wettbewerb wurde im ersten Jahr fast nur von Grösstkunden genutzt. Wegen der noch relativ unklaren Durchleitungsbedingungen liegen bundesweit erst relativ wenig konkrete Durchleitungsanfragen vor.

Verschärftes offene Konkurrenz (der etablierten Versorger) ist am Strommarkt noch selten. Vielmehr ist zu beobachten, dass die Energieversorger der verschiedenen Stufen immer enger zusammenrücken, um die aus den Preissenkungen zu erwartenden Belastungen auf die verschiedenen Versorgungsstufen zu verteilen. Auf Seiten der kommunalen Unternehmen sind unterschiedliche Tenden-



zen in Entwicklung. Zum einen bildeten sich Kooperationen, um insbesondere im Einkauf Größen- und Mengenvorteile zu nutzen. Ein Beispiel dafür ist die Energieunion, das Gemeinschaftsunternehmen von VASA Energy mit den Stadtwerken in Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Stendal, sowie die Einkaufsgesellschaften in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

Position zu aktuellen Fragen der Entsorgung radioaktiver Abfälle in der Schweiz

(ksa) Die Entsorgung radioaktiver Abfälle in der Schweiz wird in letzter Zeit wieder intensiver diskutiert. Auch beim Bund ist eine entsprechende Meinungsbildung im Gang. Zudem hat die Nagra eine Umstrukturierung eingeleitet, welche mit Budget- und Personalreduktionen sowie Programmerstreckungen bei der Endlagerung der hochradioaktiven und langlebigen mittelradioaktiven Abfälle verbunden ist.

Als beratendes Organ des Bundesrates und des UVEK hat sich die Eidg. Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen (KSA) mit der aktuellen Situation im Bereich Entsorgung radioaktiver Abfälle befasst. Sie kommt zum Schluss, dass die Gefahr besteht, dass das Entsorgungskonzept auf Kosten der Sicherheit verwässert und die Beseitigung der Abfälle hinausgeschoben wird. Beides würde zu Lasten kommender Generationen gehen.

Aus der Sicht der KSA besteht bei den verantwortlichen Bundesbehörden ein dringender Handlungsbedarf. Sie hat daher das UVEK über ihre Position zu zentralen Fragen der Entsorgung orientiert und Empfehlungen formuliert.

Nach Auffassung der Kommission soll am Konzept der geologischen Endlagerung festgehalten werden. Zur Erhärting der Prognosen über das Lang-

zeitverhalten soll eine geeignete Überwachung vorgesehen werden. Bei Entscheiden über allfällige Massnahmen zur erleichterten Rückholung der Abfälle soll die Sicherheit kommender Generation Priorität haben. Am bisherigen Zeitplan für die Bereitstellung der Endlager soll festgehalten werden. Konkrete Standorte für Endlager in der Schweiz sollen in jedem Fall nachgewiesen werden, und die Möglichkeit einer Endlagerung im Ausland kann nur eine zusätzliche Option sein.

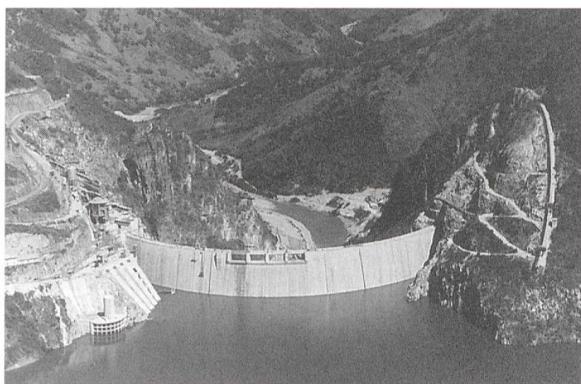
Sichere Atommüll-Transporte

Eine Studie der Schweiz, Frankreichs, Grossbritanniens und Deutschlands bescheinigt Grossbritannien und Frankreich eine gute Bilanz bei den Zugtransporten mit abgebrannten Brennstoffen zur Wiederaufarbeitungsanlage La Hague. Die gemeldeten Massnahmen erlaubten einen sicheren Transport, heisst es im Bericht. Es sollten jedoch zusätzliche Schutzmassnahmen in Betracht gezogen werden. Frankreich setzte vom Mai bis Juli alle Bahntransporte aus, nachdem verstrahlte Behälter und Wagen auch aus Deutschland entdeckt worden waren. Die Schweiz hatte einen Transportstopp für Schweizer Atommüll im Mai erlassen, der bis mindestens Ende 1998 in Kraft blieb.

Wettbewerb im Strommarkt Deutschland soll vorankommen

(vdew) Im deutschen Strommarkt ist seit bald einem Jahr der Wettbewerb in vollem Gange. Diesen Durchbruch hat die zwischen Stromversorgern und Stromkunden ausgehandelte Verbändevereinbarung zur Durchleitung von Strom ermöglicht. Der Branchenverband VDEW ist nun dabei, die Verbändevereinbarung marktgerecht weiterzuentwickeln: Er bereitet auch für Haushalte und

Staumauer schützte Menschen



Die 226 m hohe doppelt gekrümmte Bogenstaumauer El Cajon in Honduras verhinderte weitere Zerstörungen während des verheerenden Hurrikans Mitch.

(swv) Stauseen halten Wasser weltweit nicht nur für die Stromproduktion, für die Trinkwasserversorgung und/oder die Bewässerung zurück, sondern sie sind auch in der Lage, Hochwasserspitzen aufzufangen und menschliche Siedlungen vor Zerstörung zu schützen. So geschehen kürzlich durch die in der Schweiz geplante und anfangs der achtziger Jahre gebaute Talsperre El Cajon in Honduras während des verheerenden Hurrikans Mitch.

Diese heute in «Francisco Morezan» umbenannte Mehrzweckanlage liefert zum einen die Energie für den Betrieb eines 300-MW-Wasserkraftwerkes, zum anderen das Wasser für die Bewässerung des darunter liegenden, agrarisch genutzten und dicht besiedelten Sulatales. Mit einem Inhalt von etwa 4200 Mio. m³ beträgt das durch eine 226 m hohe, doppelt gekrümmte Bogenmauer gestaute Volumen rund das Zehnfache des Lac des Dix im Wallis und damit des grössten schweizerischen Stausees!

Schon bei der Planung der durch die ehemalige Motor-Columbus (heute: Colenco Power Engineering) erbauten Staumauer wurde die Mauer so bemessen, dass sie auch grössere Hochwasser zurückhalten kann: Sie ist um 15 m höher, als sie für die Stromproduktion und die Bewässerung allein eigentlich sein müsste. Bei der vom Hurrikan Mitch verursachten Hochwasserflut zahlte sich diese «Überdimensionierung» nun aus: Der (noch nicht völlig gefüllte) See konnte einen grossen Teil des zusätzlichen Wassers aufnehmen, so dass die Bevölkerung unterhalb der Talsperre weitgehend vom Hochwasser verschont blieb. Die honduranische Elektrizitätsgesellschaft schätzt, dass die Hochwasserspitze 9500 m³ pro Sekunde erreichte (Spitzenabfluss des Rheins bei Rheinfelden: rund 3500 m³/s). Durch die Rückhaltung von rund 1500 Mio. m³ im See reduzierte sich der Abfluss auf nur noch 1200 m³/s.

Die zwischen 1979 und 1985 erbaute Talsperre El Cajon war wiederholt der Kritik von Umweltorganisationen ausgesetzt und unter anderem als «Folge einer menschenverachten Entwicklungspolitik» bezeichnet worden. Ihre Rolle beim Hurrikan Mitch bewies jetzt das Gegenteil, nämlich ihre menschenrettende Funktion.

kleine Gewerbebetriebe vereinfachte Durchleitungsregelungen vor, die beim Wechsel des Stromanbieters einen bis zu 1000 DM teuren neuen Strom-

zähler beim Kunden überflüssig machen. Zudem wird angestrebt, die Vergleichbarkeit der Netznutzungspreise zu verbessern.